

Donnerstag, den 30. Dezember 1880.

Mr. 612.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den gewöhnlich so interessanten Kammerberichten, aus den lokalen und provinziellen Begebnissen darbieten, die Schnelligkeit unserer Nachrichten ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Wir werden auch fernerhin für ein spannendes und interessantes Feuilleton sorgen. Der Preis der zweimal täglich erscheinenden **Stettiner Zeitung** beträgt halb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur **zwei Mark**, in Stettin in der **Redaktion monatlich 50 Pfennig**, mit Bringerlohn **70 Pfg.**
Die Redaktion.

Berlin, 29. Dezember. Die „Provinzial-
 landwirthschaftliche Zeitung“ schreibt:
 „Reim-Lachsmessers.“
 In Rückblick auf das scheidende Jahr ge-
 dem politischen Bewußtsein zwar nicht die
 hebung großer Thaten und neuer wesentlicher
 , es war im Ganzen kein glückliches, viel-
 , in vieler Beziehung ein schweres und sorgen-
 Jahr. Doch läßt sich auf vielen Gebieten
 ionalen Lebens die Vorbereitung und Klä-
 erkennen, welche zu neuen Hoffnungen be-

Das schließende Jahr hat, freilich unter erschwerenden, äußeren Umständen, doch die ersten Früchte der Milderung der Zollpolitik heranzuführen sehen. In den verschiedenen Bezirken hat sich trotz der Ungunst der Zeiten schon ein gewisser Aufschwung des Gewerbestrebens bemerkbar gemacht und eine rege Thätigkeit des geschäftlichen Lebens entwickelt. Daß der Umschwung in dieser Beziehung nicht überall ein schneller und greifbarer sein konnte, liegt, zumal bei den Schwierigkeiten dieser Zeit, so sehr auf der Hand, daß man nicht nöthig haben würde, es zu erwähnen, wenn nicht gerade dieser Umstand von den Gegnern der neuerdings wieder in das Zollgesetz eingeführten alten und vielfach geübten anderwärts bewährten Grundlage bezogen würde, Mißtrauen und Unzufriedenheit zu verbreiten und so der regelmäßigen und stetigen Weiterentwicklung störende Hindernisse in den Weg zu legen. Gleichwohl darf man hoffen, daß diese Reaction gegen die eingeführte Wirtschaftspolitik nur so wenig der selbst ershönter wird, als sich die Ziele, Mittel und Wege, welche dazu dienen sollen, allmählich immer klarer bargelegt haben. Vornehmlich hat der Plan der Steuerreform an Klarheit gewonnen. Das hinter uns liegende Jahr hat freilich auf diesem Gebiete keine erheblichen Ergebnisse aufzuweisen. Der Versuch, welcher von der Reichsregierung im Frühjahr gemacht wurde, um weitere Einnahmequellen zu erschließen, welche die Mittel zur Gleichrichtung der direkten Steuerlast in den Einzelstaaten schaffen sollten, scheiterte vorläufig. Es blieb nur soviel gewonnen, daß die neuen Bedürfnisse des Reichs selbst ohne Schwierigkeit befriedigt werden konnten, daß nächst der indirekten Beseitigung der Matrulumlagen namentlich die Ergänzung der Wehrverfassung, welche durch die Einrichtungen und die Schließung anderer Staaten auch für Deutschland notwendig wurde, mit Leichtigkeit durchgeführt werden konnte. So war bekanntlich eines der Ziele der Steuerreform von vornherein, daß die Mittel auch für neue Bedürfnisse des Reichs gewonnen werden sollten. Dagegen war die Vermehrung der Einnahmen des Reichs, die durch die Steuerpflichtigen in den Einzelstaaten und den Kommunalverbänden ausfallen sollten, noch nicht

durchgeführt. Die Parteien und deren Stellung zur Regierung waren nach den Erschütterungen der Zollreform noch nicht wieder ausreichend geklärt, um weitere Schritte der Steuerreform gelingen zu lassen.

Die preussische Regierung hat gleichwohl den Versuch gemacht, die Besserung, welche in den Staatseinnahmen bereits eingetreten ist, zur Erleichterung der Steuerzahler zu benutzen; sie darf darin auf die Bereitwilligkeit mehrerer Parteien im Landtage rechnen und somit dürfte eine erste Frucht der Finanzreform den Bedürftigsten im Volke zu Gute kommen.

War das Jahr vornehmlich in wirtschaftlicher Beziehung ein Jahr der Klärung, Vorbereitung und weiterer Anregung, so hat es auch auf anderen Gebieten der inneren Politik eine wesentliche Förderung der Bestrebungen für Entwicklung und Besserung der öffentlichen Zustände gebracht. In der weiteren Durchführung der Reform der inneren Verwaltung in Preußen ist ein großer Fortschritt zu verzeichnen mit der Annahme der Gesetze über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung und über die Verfassung der Verwaltungsgerichte; freilich ist die Reform hiermit nicht abgeschlossen; neue auf der Grundlage der Selbstverwaltung beruhende Vorschläge für die neuen Provinzen und die Ausdehnung des Zuständigkeits-Gesetzes auf die Gesamtmonarchie stehen im Landtage zur Verathung, welche in jedem Falle zur Läuterung der Anschauungen über die Bedürfnisse der neuen Provinzen und des Staates führen wird.

Der Friede zwischen Staat und Kirche ist leider auch in diesem Jahre nur ein Wunsch geblieben. Die Staatsregierung hat es ihrerseits an Beweisen von Friedfertigkeit und Entgegenkommen — soweit dasselbe mit den Aufgaben und der Würde des Staats vereinbar war — nicht fehlen lassen, aber wenn die Regierung nicht weiter kam, als daß sie ihrerseits mit Zustimmung des Landtages den katholischen Unterthanen nur einige, wenn auch erhebliche Erleichterungen einseitig gewähren konnte, ohne eine entsprechende Gegenleistung in Bezug auf das Gesamtverhältniß zwischen Staat und Kirche zu erlangen, so ist ihr wenigstens die Schuld daran nicht beizumessen. Immerhin wird das kirchenpolitische Geiz vom Jahr d. 3 seinen Werth als Zeichen der Bereitwilligkeit zur Verständigung und der Vorbereitung zu dem Frieden behalten, welcher, wie Kaiser Wilhelm bei der bewundernswürdigen Domfest in Köln zu dem Betheiligten sagte —, das Ziel seiner unausgesprochener Wünsche und täglichen Gebete stets war und sein wird.

Unser erhabener Kaiser, über welchem auch in diesem Jahre stichlich Gottes Gnade waltete, hat durch seine Rathgeber nicht nur den Frieden, sondern auch das allgemeine Vertrauen in die Dauer desselben zu fördern gesucht, die neuen Grundlagen des Völkerrechts, welche in dem Berliner Vertrage festgesetzt worden, haben jüngst erneute allseitige Anerkennung gefunden. Durch diese friedliche Politik sind der Arbeit und der Wohlfahrt des Volkes diejenigen Bürgschaften gegeben, unter welchen allein die sittlichen und materiellen Kräfte gedeihen können.

Wir gehen in das neue Jahr mit vielen Hoffnungen und Erwartungen: an die Parteien tritt dasselbe mit der ernstn Mahnung heran, die unvollendet gelassenen, aber im Wesentlichen vorbereiteten Aufgaben des alten Jahres der Erfüllung und Verwirklichung entgegenzuführen. Mögen sie sich dessen bewußt sein und in diesem Sinne alle Bestrebungen bekämpfen, welche jenem Ziele sich entgegenstellen.

Wien, 29. December. Ein Artikel des „Böser Lloyd“ aus besagter diplomatischer Feder über die Orieichsfrage beginnt mit den Worten: „Grüne Weihnacht — blutige Oestern! so könnte nach der Schlinge im Orient die politische Wetterregel diesmal formulirt werden.“ Der Artikel konstatiert sodann, daß Orieichsland die Unterwerfung unter einen Schiedsspruch der Mächte von vornherein entzietet zurückgewiesen habe. Die Haltung der Pforte sei noch unentschieden. Der Sultan prepossitire das Schiedsgericht, sonst aber befürchte die Pforte ein wesentliches Entgegenkommen. Ein neues Circular der Pforte sei signalisirt, welches von ten Otheber-Propositionen ganz schweige. Die Pforte schreine auf die Waddington'sche Grenzlinie zurück.

zugreifen. Das wäre ein Fortschritt und würde die Friedenshoffnungen neubeleben. Der Artikel meint schließlich, wenn ein griechisch-türkischer Krieg unvermeidlich bliebe, so würde die Lokalisierung dieses Krieges die Aufgabe Europas sein. Allseitig wird bekräftigt, daß sämtliche Mächte prinzipiell den Schiedsgerichte - Vorschlag mitstimmten. Die bekannten deutschen Aussenbeamten angenommen haben.

Wien, 29. Dezember. Großes Aufsehen erregte ein dem Gesandtenführer Nizer zugesandter Artikel in der Prager „Politik“, worin die Czechen einen vollständigen Rückzug antreten. Der Artikel besagt, die Majorität sei keineswegs festgesetzt, die Polen unterstützen nicht immer die Czechen, sondern auch die Regierung und könnten sogar mit den Deutschen paktiren. Die Rechte wäre, falls Graf Taaffe zurückträte, außer Stande, ein homogenes Kabinet zu bilden. Bei den Neuwahlen würden die Czechen, sowie die Rechte überhaupt unbedingt verlieren. Graf Taaffe gewähre den Czechen keine weiteren KonzeSSIONen, er könne das auch nicht, weil die Allianz mit Deutschland die Politik Oesterreichs beherrsche und weil der Baron Dymmerle, sowie eine noch höhere Stelle (der Kaiser) dem Grafen Taaffe ein Halt gebieten könnten, wenn er Deutschen gegenüber ungerecht und Czechen große nationale KonzeSSIONen gewähren wollte. Der Artikel deutet an: „Wollen die Czechen nicht Alles verlieren, so müssen sie geduldig und bescheiden sein.“ Schließlich plaidirt der Artikel für eine Verständigung mit den Deutschen Böhmens.“ (B. L.)

Paris, 27. December. Mag der Gedanke des europäischen Schiedsgerichtes Fortschritte machen oder nicht, man wird am besten thun, es mit einem gewissen Misstrauen anzuschauen und die Hoffnungen auf seine einstige Wirksamkeit nicht hoch zu pflanzen. Noch sind die Großmächte theoretisch nicht einig über seine Gestalt und seine Ausföhrung. Der Vorschlag eines Schiedsgerichtes geht gemeinlich von den streitenden Parteien aus. Hier ist es umgekehrt: Frankreich hat den Plan ausgedacht; der Türkei und Griechenland soll er aufgewungen werden. Er ist wie eine bittere Arznei, welche zwei Kranken gewaltsam eingeßöht werden soll, die sich beide für gesund erachten. Sowohl die Türkei als Griechenland will nichts davon wissen. Die Türkei hat es hier das verdrössen, daß die Anregung von der französischen Republik ausging, deren Vertreter in Konstantinopel eben dem Sultan den Großkordon der Ehrenlegion überreicht hat. Man glaubte hierin eine Bürgschaft gegen weitere diplomatische Mörgeleien zu sehen. Unter dessen aber scheint die Türkei sich zu dem Vorschlag schon freundlicher gestellt zu haben; denn in möglichen Kräfte gilt ihr Widerstand keineswegs für unüberwindlich. Die Schwierigkeit ist vielmehr auf griechischer Seite zu suchen. Ohne die Partei der Griechen zu ergreifen, darf man doch von vornherein behaupten, daß ihre Abneigung gegen das Schiedsgericht einen sehr faßbaren Anhalt in den Beschlüssen der Berliner Konferenz besitzt; und daß deßhalb eine theoretische Auseinandersetzung ihres Widerstandes verhältnißmäßig leicht ist. Auch ist an die Vertreter Griechenlands im Auslande die geheime Anweisung ergangen, vorkommendenfalls sich energisch gegen eine solche Zustimmung auszusprechen. Wahrscheinlich hat diese Anweisung von einem förmlichen Rundschreiben erzeugt. Bis jetzt ist ein solches nicht vorhanden; es ist nur eine Sondirung des besten griechischen Gefandens erfolgt, aber in der allermildesten Weise. Bessas wird dabei Folgendes getrandt gemacht haben:

"Ein Schiedsgericht ist dann möglich, wenn es sich um einen streitigen Punkt handelt; der Spruch der Berliner Konferenz ist jedoch ein Verdict. Aber gesetzt, ein Schiedsgericht würde wirklich wiedergelegt; es besteht aus denselben Mitgliedern, die in Berlin wochenlang die Grenzfrage erörterten und wissenschaftlich feststellten; sollten diese Mitglieder jetzt anders an's Innere geworden sein und die Grenze, die sie damals als die richtige und gebührende anerkannten, verwerfen, um eine neue zu finden, welche durch nichts gerechtfertigt ist? Dies scheint unmöglich. Das Schiedsgericht konnte an's Recht für sich selbst nur die alte Grenze vorlegen bekräftigen. Aber wozu dann das Schiedsgericht? Wir Griechen verlangen nichts mehr, aber auch nichts weniger, als das Urtheil der Berliner Konferenz."

Ungefähr eine solche Sprache wird der jewei-

lige Vertreter der Griechen bei etwaigen Sondirungen zu halten haben. Unterstützt wird er dabei durch den Hinweis auf die Geldmittel, die ihnen zu Gebote stehen sollen; jedoch ist ein Anleihen von 60,000,000 Francs bei einer hiesigen Bankengruppe zu Stande gekommen; man spricht außerdem von Schenkungen reicher Griechen u. s. w. Indes, wenn Europa wirklich seinen Willen in einer bestimmten Form des Schiedsgerichts kundthun sollte, so scheint die Annahme desselben von Seiten Griechenlands nicht ausgeschlossen. Die Vertreter der Großmächte in Athen fahren unablässig fort, dem kleinen Lande über seine wenigsten Streitkräfte die Augen zu öffnen und namentlich ihm vorzuhalten, daß Europa keine Verantwortlichkeit dafür übernehme, wenn der Zusammenstoß zwischen Türken und Griechen in ein Unglück für letztere auslaufe, was als sicher angenommen wird. Dies der Stand der Frage, was Griechenland angeht. Deutschland hat, wie mir ausdrücklich versichert wird, in keiner Weise irgend welche Maßregel angeregt. Barthélemy Saint Hilaire ist der Vater des neuen Gedankens; daher die Zurückhaltung, die auf dem hiesigen auswärtigen Amte mit Mittheilungen brachtet wird. Ich vermute aber, daß Barthélemy Saint Hilaire keineswegs an einen förmlichen Schiedsrichterstof denkt, sondern lediglich an eine Uebereinkommnung der Kabinette auf dem Wege gegenseitiger Mittheilungen.

Paris, 27. December. Die Angelegenheit Girardins macht ungeheures Aufsehen in Paris; man findet aber, daß der Deputirte Laisant dabei wiederum eine ganz unverantwortliche Rolle gespielt hat. Die „Damen“, welche die Enthüllung machte, steht nicht in besonderem Ansehen. Girardin war außer sich, als er auf der Tribüne erschien; er spricht unendlich und man konnte ihn deshalb kaum verstehen. Nach seinem Blatte, der „France“, sprach er sich folgendermaßen aus:

„Meine Herren, ich werde kurz, sehr kurz sein. Zeitungen haben Ihnen berichtet, daß die Epione Verursachen in Frankreich einen Esch haben, und daß dieser Esch Ihr Kollege, der Deputirte des J. Anordnissements sei. Ich würde diese Insamte mit der gebührenden Brachung gestraft haben, wenn ich nicht darin den Beweis sähe, daß ein Esch gegen die Verdächtigen im Anzuge ist. Diese Insamte, die an einem Ihrer Kollegen verübt wird, beleidigt hauptsächlich die Kammer, denn wenn die gegen mich vorgebrachte Behauptung wahr wäre, so würde meine Anwesenheit auf diesen Säulen eine Unchre für die Kammer sein. Deshalb fordere ich den Urheber dieser Behauptung auf, diese Tribunale zu bestreiten und sich zu erklären; ich fordere ihn auf, sich selbst Lügen zu strafen. Ich fordere es. Sein Stillschweigen würde seine Schmach sein.“ Lafranco Aspiraten nach diesen Worten war erbärmlich und er gerieth in die höchste Verlegenheit, als sich fast die ganze Kammer ihm gegenüber höchst kalt benahm. Die Parteien suchten sich gegenseitig zu verunglimpfen.

London, 29. December. Die Regierung mittheilte vier Schiffe zum Transport der Soldaten nach Transvaal. Der ehemalige durch den Krimkrieg berühmt gewordene Kriegeskorrespondent der „Times“, Russell, welcher im letzten Jahre lange Zeit das Transvaalland bereiste, erklärt in einem offenen Schreiben an sein Blatt, es sei Unfinn, von den Boers als Rebellen und Verräthern zu sprechen. Die Boers erkannten niemals die Annexion an, sie erklärten immer diesen Akt als eine Gewaltthat, welches sie sich niemals fügen würden. Unfinn sei auch die Behauptung, die jetzige Empörung sei nur das Werk einiger Agitatoren. Im Gegentheil, die Erhebung sei so national, wie sie nur die Boers machen können. Sie sei der Ausdruck des Hasses Aller gegen die britische Herrschaft. Die Boers hätten offen immer angekündigt, daß, und sogar den Zeitpunkt, wann sie offen die Waffen ergreifen würden. Die unvorbereitete Haltung der englischen Regierung sei daher unbegreiflich.

Moskau, 18. Dezember. Die letzten Jahre sind für Rußland eine schwere Zeit gewesen, es hat viel durchgemacht und ist heimgesucht worden, wie kaum zu einer anderen Zeit. Es giebt heute an der Schwelle eines neuen Jahres wohl nur wenige, die sich nicht die Frage vorlegen: Was wird das Jahr 1881 uns bringen? Die gährende Bewegung des ablaufenden Jahres in allen Kreisen der Verwaltung, die vielen Kommissionen und Com-

Mit Recht wurde dem politischen und wirtschaftlichen Leben ein breiter Raum zugewiesen, Mitarbeiter von erstem Rang vereinten sich zu einer glänzenden Reihe von Beiträgen.

Dem auch in diesem Band gebotenen reichen biographischen Material liegt ein wohlbedachter Plan fortgesetzter Ergänzung zu Grunde, besonders bietet der vorliegende Band eine interessante Umschau über die beliebtesten deutschen zeitgenössischen Schriftsteller, größtentheils zum erstenmal. Die vielen Textabbildungen sind, wie bisher, Spender einer besonderen Freigebigkeit.

Die Ausgabe des jedem Besitzer des Konversations-Lexikons unentbehrlichen Bandes erfolgt pünktlich bis Februar nächsten Jahres. [344]

Die Natur, Zeitschrift zur Verbreitung naturwissenschaftlicher Kenntniß und Naturanschauung von Dr. Müller. Halle, Verlag von J. Schwitschke. Wir haben schon öfter auf diese treffliche Zeitschrift aufmerksam gemacht, welche durch treffliche Artikel und gelungene Holzschnitte die Leser mit den neuesten Entdeckungen auf dem Gebiete der Naturwissenschaften bekannt macht. Wir können dieselbe warm empfehlen. [345]

Die große und eine bedeutende Stellung im gewerblichen Leben einnehmende Seifen- und Fettindustrie hat bisher kein Fachblatt beissen, welches nach Form und Inhalt geeignet gewesen wäre, ihre großen und mannigfachen Interessen in würdiger Weise zu vertreten. Den Bemühungen des noch jungen, aber kräftig emporstrebenden Verbandes der Seifenfabrikanten ist es zu verdanken, wenn die durch ihre große Thätigkeit auf gewerblich-technischem Gebiete bekannte Verlagsbuchhandlung von Julius Springer in Berlin es unternommen hat, ein Organ für die Seifen- und Fett-Industrie, sowie verwandte Nebenzweige zu schaffen. Ein Blick auf die soeben ausgegebene erste Nummer dieses Organs, des „Seifenfabrikant, Zeitschrift für Seifen-, Kerzen- und Parfümerie-Fabrikation, sowie verwandte Geschäftszweige“ zeigt, daß das Unternehmen auch redaktionell den besten Händen anvertraut ist: Herr Dr. C. Deite ist durch mehrere größere Werke als Autorität auf dem Gebiete der Fett-Industrie bekannt.

Die Ausstattung ist, wie nicht anders zu erwarten war, vorzüglich, der Preis dabei (250 M. vierteljährlich) ein mäßiger. Wir glauben, daß dieses Blatt viel zur Hebung der Seifenindustrie beitragen wird und wünschen ihm eine recht große Verbreitung.

— Im „Wilhelm-Theater“ in Berlin kam am 4. Januar das vom hiesigen Schauspieler D. Präger verfasste Volksstück „Des Hauses Fäden“ zur ersten Aufführung. Wir wünschen jungen Dichtern alles Glück.

— Das erste deutsche Hoch in Frankfurt a. M. hat, wie die „N.-Ztg.“ meldet, zwischen einer Gesellschaft von Insassen einer von 500,000 Mark gestifteten. Der des hochpreisigen Erbschafters ist nicht genannt. Jede hinterlassene Aushändiger seiner Hausväterin 150 Mark, jeder seiner Nichten 80,000 Mark steht einem Freunde eine auf 120,000 Mark lautende Buchschuld.

Telegraphische Depeschen
Wien, 29. Dezember. Die „Politische Corr.
meldet:
Aus Konstantinopel: Die Haltung der Pforte
gegenüber dem Vorschlage eines Schiedsgerichts ist
noch schwankend; man glaubt, die Pforte werde den
Vorschlag weder bedingungslos annehmen, noch
strikte ablehnen, sondern mit Gegenpropositionen ent-
gegentommender Art hervortreten.
Paris, 29. Dezember. Auch das Journal
„Avenir diplomatique“ erklärt die Gerüchte von
Konzentrationen französischer Truppen an der tuer-
kischen Grenze für unbegründet. Was die Anwe-
senheit eines französischen Fahrzeuges in den Ge-
wässern von Tuntz betreffe, so sei dieselbe nichts
Außergewöhnliches und durch kein besonderes Ereig-
niß veranlaßt. Ein zweites Fahrzeug habe sich

Dortin begeden, um das erste neu zu verproban-
tiren und werde alsdann wieder abfahren.

London, 29. Dezember. Das durch Feuer
beschädigte Bangerfchiff „Nichelleu“ befand ſich im
See-Arsenal in Reſerve und wurde durch Öffnen
der Waſſerableitungsröhren auf den Grund geſetzt,
ſo daß das Feuer erloſch, ohne unheilbaren Schaden
angerichtet zu haben. Einige Perſonen haben
leichte Verletzungen erlitten, ein Verluſt von Men-
ſchenleben iſt nicht zu beſorgen.

Rom, 28. Dezember. Das „Avvenire di
Sardigna“ in Cagliari veröffentlicht einen Brief
des Miniſters Crotti, worin er die Reiſe des Kö-
nigspaares im Frühjahr nach der Inſel Sardinien
offiziell ankündigt.

Die officiellen Berichte über die glückliche Probe-
fahrt des Monſtreſchiffes „Dukto“ finden wenig
Glauben. Man munkelt, eine ernſte Gefahr habe
daſſelbe zum Einlaufen in den Hafen von Gaeta
gezwungen. Die Zeitungen verlangen die Ver-
öffentlichung des Berichts des Kommandanten an
den Marineminister.

Die „Riforma“ meldet, Frankreich bringe ge-
genwärtig in den europäiſchen Börfen alle tunc-
ſſigen Anleihen in ſeinen Beſitz, um den Bey finan-
ziell ganz von Frankreich abhängig zu machen.

Dublin 29. Dezember. Die Verhandlungen

in dem B. gegen Farnen und die übrigen Führer der B. wurde heute fortgesetzt. Der Generalprokurator hielt seine Plaidoyer gegen die Angeklagten.

Neumark, 29. Deymbr. Die Subskription auf die merklanische nationale Eisenbahnanleihe ist gestern eröffnet worden.